



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Gemeinsames Impulspapier zur Landtagswahl in Niedersachsen 2022

Des Verbandes Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN) und des Vereins Niedersächsischer Bildungsinitiativen (VNB)

Als entwicklungspolitischer Dachverband (VEN) und als anerkannte Landeseinrichtung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen (VNB) stehen beide Verbände gemeinsam mit ihren Mitgliedern in Niedersachsen für ein aktives zivilgesellschaftliches Engagement im Sinne der von den Vereinten Nationen verabschiedeten Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen (SDGs).

Dass wir in Niedersachsen bei globalen Krisen, wie den Folgen des Klimawandels, extremer Armut und Ungleichheit, Rückgang der Biodiversität und Artenvielfalt oder auch durch internationale Konflikte und Kriege betroffen und mitverantwortlich sind, ist inzwischen ausreichend dokumentiert. Die komplexen Herausforderungen und das dringend notwendige Handeln ist in mehreren wissenschaftlichen Gutachten der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen klar dokumentiert. Die konsequente Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele und ein aktives Mitgestalten der Bevölkerung an gesellschaftlichen Transformationsprozessen verspricht Lösungen für die multiplen Herausforderungen. Niedersachsen hat sich dazu bereits auf den Weg gemacht. Das begrüßen beide Verbände. Für die Umsetzung der Agenda 2030 bleibt jedoch nicht mehr viel Zeit. Im kommenden Jahr ist bereits Halbzeit. Deshalb weisen wir deutlich auf die Dringlichkeit im Handeln hin und geben Impulse, die folgenden Themen und ihre konsequente Umsetzung in den anstehenden Koalitionsverhandlungen festzuschreiben:

1

1. Konsequente Umsetzung der UN-Agenda 2030

SDGs als Querschnittsthema verstehen, kommunizieren und koordinieren

Die SDGs und die Umsetzung sind in Niedersachsen Chef*innen-Sache und in der Staatskanzlei angesiedelt. Das begrüßen wir, da der Umsetzungsprozess eine Vielzahl von Querschnittsaufgaben mit sich bringt, die nur so erfolgreich bearbeitet werden können. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass sich alle politischen Entscheidungsträger*innen und Verwaltungen als Akteur*innen der Nachhaltigkeit verstehen, sich abstimmen und gemeinsam vorgehen. Das Zusammenwirken der Nachhaltigkeitsstrategie und die Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien soll aufeinander abgestimmt und konsequent in einem partizipativen Prozess vorangetrieben werden.

Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe gehören zusammen

Menschen, die von Diskriminierung, Rassismus und weiteren Formen der Benachteiligung betroffen sind, stoßen in ihrem Engagement immer wieder auf wenig Gehör und strukturell bedingte Hürden. Notwendig ist eine selbstkritische Reflexion der eigenen, meist privilegierten Position bei allen Akteur*innen: Von der Politik über die Wirtschaft hin zur Zivilgesellschaft. Die Landesregierung muss ein Nachhaltigkeitsverständnis vertreten, das auch soziale Fragen in den Mittelpunkt rückt und Rassismus und andere Formen der Diskriminierung aufdeckt und bekämpft.

Mit gutem Beispiel voran

Nachhaltigkeit zu vermitteln gelingt am besten, wenn sie praktisch erfahrbar ist. Menschen brauchen lebendige Vorbilder. Institutionen, Vereine, Lernorte und Netzwerke ebenso wie Landes- und kommunale Einrichtungen müssen sich selbst - im Sinne des Whole Institution Approach - nachhaltig aufstellen, um so glaubwürdig Menschen zu nachhaltigen Veränderungen bewegen zu können. Die Landesregierung ist aufgefordert, ihre eigenen Einrichtungen und Institutionen nachhaltig zu bewirtschaften. Zudem muss sie andere Institutionen dabei - auch finanziell - unterstützen, Nachhaltigkeit umfassend umzusetzen. Hierzu zählen eine konsequente Umsetzung der Energiewende, das Erreichen der Klimaneutralität, die Weiterentwicklung eines nachhaltigen sozial-ökologischen Wirtschaftens und eines öffentlichen Beschaffungswesens, das Menschenrechte und fairen Handel zum Ausgangspunkt hat.

2. Bildung für nachhaltige Entwicklung fördern

Kompetenzen zur Gestaltung von Nachhaltigkeit in die Breite tragen

Das Wissen um die immer stärker zutage tretenden globalen Krisen - Klimawandel, Kriege, Hunger u.a. - und die damit einhergehende Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation hin zu einer global nachhaltigen Welt ist Zukunftskompetenz. Vielfach mangelt es an Ideen für Lösungsansätze und Kompetenzen, selbst aktiv zu werden. Die Landesregierung muss neben der Kinder- und Jugendbildung insbesondere auch die Erwachsenenbildung fördern, die interdisziplinäres, ganzheitliches, verständliches und handlungsorientiertes Wissen und Kompetenzen für die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung vermittelt.

2

Konkrete Lernorte schaffen und ausbauen

Die Schaffung und Förderung lokaler Bildungslandschaften und partizipativer Formate ermöglicht diese Verknüpfung vor Ort und muss darum ein elementarer Bestandteil der Umsetzung der Agenda 2030 in Niedersachsen sein.

Forschende, praxisnahe Projekte ermöglichen

Eine gesellschaftliche Transformation in Richtung Nachhaltigkeit ist ein Prozess, der keine „vorgefertigten“ Lösungen und kein „Ende“ kennt, sondern sich ständig weiterentwickelt. Ansätze und Lösungen entstehen oft erst im Experimentieren und Ausprobieren. Es braucht deshalb insbesondere auch Initiativen, die mutig sind, neue Wege auszuprobieren. Nur dann kann die so wichtige Selbstwirksamkeit und Motivation der Engagierten erreicht werden. Die Landesregierung muss ein spezielles Budget für neue und innovative Projektideen zivilgesellschaftlicher Akteur*innen zur Schaffung von „Lernräumen der Transformation“ bereitstellen.

3. Rolle der Zivilgesellschaft stärken

Aktive Beteiligung zur Umsetzung der Agenda 2030 fördern und langfristig absichern

Für die Erreichung der Agenda 2030 mit ihrem Ziel einer global gerechten und nachhaltigen Welt bilden die lokalen Aktivitäten vieler Engagierter aus der Zivilgesellschaft eine entscheidende Grundlage.

Vereine und Initiativen eröffnen Dialog- und Beteiligungsräume für alle: Erwachsene, Kinder und Jugendliche. Sie schaffen Aufmerksamkeit und bieten konkrete Handlungsmöglichkeiten und sie leisten den wichtigen Dialog mit der internationalen Zivilgesellschaft. Die Landespolitik muss einen gesellschaftlichen, wie politischen Rahmen schaffen, der Engagement fördert.

Zivilgesellschaftliche Strukturen verlässlich absichern

Dort, wo die Aktivitäten von Verbänden für ehrenamtliches Engagement aufgrund von langfristiger finanzieller Unterstützung abgesichert sind, entwickelt sich ein stabiles Fundament für wirkungsvolles und umfassendes Engagement für die sozial-ökologische Transformation. Die niedersächsische Landesregierung muss das Engagement der Zivilgesellschaft finanziell langfristig absichern, insbesondere durch feste Haushaltstitel für das Eine Welt-Promotor*innen-Programm. Um das Engagement in der Fläche Niedersachsens weiter auszubauen und stabil zu verankern, muss das Eine Welt-Promotor*innen-Programm finanziell weiter ausgebaut werden.

*Starke Zusammenarbeit zwischen Akteur*innen fördern*

Immer wieder wird deutlich: Die globale Transformation kann nur von allen gemeinsam erreicht werden. Gemeinsame Ziele und Kooperationen in lokalen Netzwerken von Akteur*innen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Gesellschaft stärken die Wirkung von Maßnahmen erheblich. Die Landesregierung muss zu einer kontinuierlichen und verbindlichen Kommunikation und Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft beitragen und lokale Dialoge aktiv unterstützen.

3

Partizipation bei Entscheidungsprozessen und Zielkonflikten ausbauen

Für die Erreichung der Agenda 2030 müssen auch in Niedersachsen viele aktive gesellschaftspolitische Entscheidungen getroffen werden. Nicht selten ergeben sich dabei Zielkonflikte, zum Beispiel in den in Niedersachsen wichtigen Wirtschaftszweigen, wie dem Automobilsektor oder der Landwirtschaft. Um Prozesse gut zu gestalten und Konflikte langfristig zu lösen, braucht es eine partizipative Lösungssuche und Räume, in denen diese Zielkonflikte thematisiert werden. Die Landesregierung muss Zielkonflikte benennen und bei ihrer Lösung eine Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Akteur*innen inklusive der Zivilgesellschaft schaffen.

Wir freuen uns über einen Austausch und eine gute Zusammenarbeit!

Ansprechpersonen:



Claudia Sanner, Vorstand

Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V.
Warmbüchenstr. 17
30159 Hannover
Tel.: + 49 511 30766 - 0
claudia.sanner@vnb.de



Katrin Beckedorf, Geschäftsführung

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN)
Hausmannstr. 9-10
30159 Hannover
Tel. + 49 (0) 5 11 – 39 43 206
beckedorf@ven-nds.de